



## Alles auf gelb?

Der Koalitionsvertrag aus gewerkschaftlicher Sicht –  
von Robert Sadowsky\*

Online-Supplement zu *express* 2-3/2022

Die Parteien haben für ihren Koalitionsvertrag den Titel „Mehr Fortschritt wagen“ gewählt. Das lässt an „Mehr Demokratie wagen“ denken. „Demokratie“ wurde durch „Fortschritt“ ersetzt. Zu Recht: Um wessen „Fortschritt“ geht es? „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein“ (Goethe, Faust).

Die „große Transformation“ (mit Umwälzungen in Industrie, Energiewirtschaft, Verkehr und Ernährung sowie in der Arbeitswelt durch Digitalisierung und „Industrie 4.0“) bringt Veränderungen wie seit Jahrzehnten nicht. Wo nur die Verwertungsgesetze des Kapitals gelten, ist das Ziel der Reise vorgegeben. Daher geht es nicht darum, die Transformation unter dem Leitmotiv irgendeines „Fortschritts“ zu begleiten. Soll die „große Transformation“ zu sozialerem und menschengerechterem Leben führen, braucht es eine Regierung, die wagt, Konflikte mit dem Kapital einzugehen.

So gesehen stellten die Gewerkschaften eher bescheidene Anforderungen an die neue Regierung. Ein Kreis von Funktionär:innen der IG Metall ([offensive-gewerkschaftspolitik.de](http://offensive-gewerkschaftspolitik.de)) machte das konkreter:

- Einstellung von Rüstungsexporten, Streichung des Zwei-Prozent-Ziels
- Erweiterte Mitbestimmung nach dem Vorbild der Montanmitbestimmung
- Investitionslenkung zum Ausgleich regionaler Strukturschwächen durch regionale Wirtschafts- und Sozialräte
- erleichterte Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen
- Bei Betriebsänderungen erzwingbarer Interessenausgleich
- Öffentliche Fördergelder nur mit klaren Auflagen zu Beschäftigungssicherung, Klimaverträglichkeit, Tarifvertrag und gesellschaftlich nützlicher Produktion
- Finanzierung der Corona-Kosten durch eine zeitlich befristete drastische Vermögensabgabe
- Keine zusätzlichen Gewinne der Reichen und Vermögenden aus Steuergeldern, die für Forschung und Entwicklung eingesetzt wurden – z.B. in der Corona-Impfstoffentwicklung
- Grundlegende Steuerreform zu Lasten der Reichen und Wiedereinführung einer Vermögenssteuer
- Höhe und Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes anheben, Grundsicherung sanktionsfrei und verbessern
- Mindestlohn 13,- Euro
- Armutssichere Rente: Senkung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre. Renten-Niveau über 50 Prozent

- Staatseinstieg in Betriebe und Konzerne ausbauen und unterstützen
- Staatseigene Betriebe, nach wirtschaftsdemokratischen Gesichtspunkten geführt, um die Umverteilung von oben nach unten zu fördern

Damit soll das Programm der Ampel bewertet werden. Es geht nicht um die Frage des verärgerten SPD-Mitglieds, „was denn mit dieser FDP – bitteschön – mehr möglich gewesen wäre?“ – sondern darum, wie eine eigenständige, offensive Gewerkschaftsbewegung sich zur Regierungspolitik verhalten sollte.

Wenn überwiegend auf Fragen der Arbeitswelt und der Sozialpolitik eingegangen wird, bedeutet das nicht, andere Bereiche wären unwichtig. Im Gegenteil. Das allgemeinpolitische Mandat der Gewerkschaften muss ausgebaut werden: Die abhängig Beschäftigten haben ein Leben neben der Arbeit (oder der Arbeitslosigkeit, der Ausbildung, der Rente). Als Konsument:innen, als Eltern, Pflegende, Betreuende, Erholungssuchende in einer intakten Umwelt, Bürger:innen in einer Einwanderungsgesellschaft ... Für diese Gesamtheit der Interessen der Klasse gilt es, eine verbindende Politik zu finden, auch von den Gewerkschaften. Deswegen dürfen sie auch nicht dafür eintreten, Klimaziele so weit nach hinten zu verschieben, bis sie konfliktfrei erreicht werden können. Der Reichtum in unserer Gesellschaft ist umzuverteilen, damit die von Umwälzungen betroffenen Menschen sozial abgefedert und ihnen sinnvolle berufliche Alternativen geboten werden.

### **Wie die Ampel „mehr Freiheit wagen“ will**

Vor allem der ärmere Teil der Bevölkerung hat unter der Corona-Pandemie zu leiden. Die Reichen und Vermögenden konnten ihren Reichtum oft sogar noch vermehren (so Christoph Butterwegge in der Frankfurter Rundschau, 09. September 2020). Es liegt nahe, die Kosten der Pandemie aus einer zusätzlichen Besteuerung der Milliardäre und Millionäre zu finanzieren. Nichts dazu im Koalitionsvertrag.

Dort gibt's den hoffnungsfrohen Satz: „Wir machen aus technologischem auch gesellschaftlichen Fortschritt.“ (Koalitionsvertrag S. 15) Dafür wären erweiterte Mitbestimmungsrechte erforderlich. Schon allein bei der Digitalisierung (siehe Thomas Klebe im neuen deutschland, 8./9. Februar 2020):

- Initiativrecht zur Einführung von Qualifizierungsmaßnahmen,
- Initiativrecht zur Beschäftigungssicherung,
- Initiativrecht bei der Einführung neuer Formen der Arbeitsorganisation und
- Initiativrecht für Rahmenregelungen mit technischen und normativen Basis-Standards, die für alle digitalen Anwendungen gelten

Trotz der wohlklingenden Einleitung ist davon aber keine Rede im Koalitionsvertrag. Immerhin, den Betriebsräten soll digitales Arbeiten (S. 70), z.B. in Sitzungen, ermöglicht werden. (Was den Unternehmen Geld sparen könnte...)

Sachgrundlose Befristung macht eine sichere Lebensplanung unmöglich und soll gefügig machen. Und das wirkt. Gewerkschaftliches Engagement, auch zum Betriebsrat, wird oftmals gebremst. Nur für Beschäftigte im Wissenschaftsbetrieb verspricht die Ampel „Dauerstellen“ zu schaffen. (S. 23) Im Bereich des öffentlichen Dienstes sollen sachgrundlose Befristungen „Schritt für Schritt reduziert“ werden. Kettenbefristungen sollen auf sechs Jahre begrenzt werden. In „eng begrenzten Ausnahmen“ soll aber ein Überschreiten weiter möglich sein.

Eine darüberhinausgehende Gesetzesänderung ist nicht vorgesehen.

„Wir stellen die Weichen auf eine sozial-ökologische Marktwirtschaft und leiten ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen ein.“ (S. 24) Als Ziel wird Wasserstoff-Wirtschaft und Batteriezellen-Forschung, -Fertigung und -Recycling in Deutschland genannt.

Zweifelhaft ist die Idee, „mit synthetischen Kraftstoffen klimaneutrales Fliegen zu ermöglichen.“ (S. 27) Wenn diese Kraftstoffe aus „grünem Wasserstoff“ hergestellt werden<sup>1</sup>, ist ihre

---

<sup>1</sup> Es gibt auch andere Technologien zur Herstellung von synthetischem Kraftstoff. Z.B. aus Meerwasser und CO<sub>2</sub> photosynthetisch und unter Einwirkung von speziellen Algen oder Bakterien. Dies könnte eine ökologisch sinnvollere Effizienz aufweisen. Allerdings ist noch viel Forschungs- und Entwicklungsarbeit bis zu einer großtechnischen Anwendung zu leisten. Es fehlt dazu bisher an Fördergeldern.

Energiebilanz erschreckend niedrig (ca. zehn Prozent). Die gelbe Ampel will wohl vermeiden, Inlandsflüge zu reduzieren. Ähnliches findet sich unter der Überschrift „Verkehrsordnung“, wo es unvermittelt heißt: „Ein generelles Tempolimit wird es nicht geben.“ (S. 52)

Völlig vage sind die Aussagen zu Einwirkungsmöglichkeiten von Bürger:innen, Gewerkschaften und Umweltverbänden zum regionalen Ausgleich der Lebensbedingungen und der Transformation. (S. 10, 25f, 64) „Sozial-ökologische Marktwirtschaft“ ist nur ein schönes Wort, das nichts zu tun hat mit Wirtschaftsdemokratie und Wirtschafts- und Sozialräten (IG Metall-Satzung, § 2, Nr.3, 4). Die Ampel steht auf FDP-gelb.

Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer sind in besonderer Weise von der Dekarbonisierung betroffen. Die Ampel will 15 Millionen vollelektrische PKW bis 2030. (S. 27) Das bedeutet nicht nur eine Veränderung der Arbeitsplätze und der erforderlichen Qualifikationen. Wegen des geringeren Teile-Bedarfs von E-Mobilen ist der Verlust von Arbeitsplätzen (Schätzung der IG Metall: ca. 200.000 bis 2030<sup>2</sup>) zu befürchten.<sup>3</sup> In einer „Strategieplattform Transformation Automobilwirtschaft“ sollen neben Industrie, Umwelt- und Verkehrsverbänden, Wissenschaft und Politik auch die „Sozialpartner“ diskutieren und beraten. Entscheidungen über Investitionen und Standorte? Verbleiben beim Kapital. Gegen Beratungen ist nichts einzuwenden. Da es aber nichts zu entscheiden gibt, müssen gewerkschaftliche Positionen offensiv und öffentlich vertreten werden. Sonst geht der Plan auf, dass Gewerkschaften für Kapital-orientierte, Beschäftigten-feindliche Strategien als „Sozialpartner“ Verantwortung übernehmen. Auf diese klebrige Schleimspur der Sozialpartnerschaft dürfen sich Gewerkschaften nicht locken lassen.

### **Was wurde aus der von der SPD versprochenen Stärkung der Tarifbindung?**

- „Die Tarifbindung im Handwerk und Mittelstand wollen wir stärken.“ (S. 28) Wie? Das bleibt offen. Richtig wäre, schnellstmöglich OT-Verbände und Tarifverweigerungen von Handwerksinnungen zu verbieten.
- Das Vergaberecht soll geändert (S. 33) und „die öffentliche Auftragsvergabe des Bundes an die Einhaltung eines repräsentativen Tarifvertrages der jeweiligen Branche gebunden“ (S. 71) werden. Das ist zu begrüßen.
- Gut auch die Absicht, die Weitergeltung eines Tarifvertrages sicher zu stellen, wenn ein Betrieb ausgegliedert wird und der Kapitalist gleichbleibt. Vielleicht können einige „tarifflüchtige“ Kapitalisten so eingefangen werden. (S. 71)
- Was fehlt: Die bessere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. In den letzten Jahrzehnten hat die Tariflandschaft sich dramatisch geändert. Die Tarifbindung der Beschäftigten ist von 1998 73 Prozent auf 2020 51 Prozent zurückgegangen - ein Erfolg des neoliberalen Kreuzzugs gegen die Gewerkschaften. Dagegen setzen wir gewerkschaftliche Kampfkraft. Aber manchmal ist der Druck aus drohender Arbeitslosigkeit mit Hartz IV so stark, dass ein Gesetzgeber eingreifen müsste, um die Position der Beschäftigten in der Klassenauseinandersetzung stärken. Auch durch eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit. Das „Veto-Recht der Arbeitgeber“ muss fallen! Dazu sagt das Papier: Nix!
- Stattdessen findet sich dies: Die Tarifbindung könne man stärken, indem es möglich wird, per Tarifvertrag nach unten (!) von gesetzlichen Regelungen abzuweichen. Tatsächlich würde dadurch die Tarifbindung geschwächt und Gewerkschaften und Betriebsräte unter Druck gesetzt. Gesetze und Tarifverträge sollen Mindeststandards setzen und bewirken, dass die Konkurrenz weniger über niedrige Lohnkosten ausgetragen wird. Schlimm genug, dass die nicht tarifgebundene Schmutzkonkurrenz dieses Prinzip unterläuft. Umso schlimmer, wenn auch noch die tarifgebundenen Betriebe untereinander durch Gesetzesunterschreitungen den Wettlauf um die Minimierung des variablen Kapitals eröffnen. Und dazu sollen die Gewerkschaften ihren Segen geben? Im Koalitionsvertrag liest es sich: „Im Dialog mit den Sozialpartnern werden wir weitere Schritte zur Stärkung der Tarifbindung erarbeiten und hierbei die Möglichkeit für

<sup>2</sup> Basis ist die Studie ELAB 2.0 des Fraunhofer-Instituts im Auftrag der IG Metall vom 15. November 2018

<sup>3</sup> So kündigt z.B. die Firma „Bleistahl“ in Gelsenkirchen die Schließung an. Dort werden Ventillführungen für Verbrennungsmotoren hergestellt. Der Standort war erst 2018 neu errichtet worden.

weitere Experimentierräume erörtern.“ (S. 71) Auf diese „Sozialpartnerschaft“ darf sich keine Gewerkschaft einlassen.

- Mitbestimmung: Demokratie im Betrieb ist kein großes Thema des Koalitionsvertrages. Nur kleine Verbesserungen sind angekündigt:
  - Behinderung der Mitbestimmung soll zum „Offizialdelikt“ werden. Damit wird sie eine Straftat, die von der Staatsanwaltschaft selbständig verfolgt wird. Bisher (§§78,119 BetrVG) wird die Behinderung nur verfolgt, wenn Betriebsrat oder Gewerkschaft es beantragen. Mag sein, dass so die abschreckende Wirkung für besonders böswillige Kapitalisten erhöht wird.
  - Die Möglichkeit, durch die Gründung einer SE-Gesellschaft (Europäische Aktiengesellschaft) der Mitbestimmung zu entfliehen, soll beschränkt werden. Und das „geringste“ der drei Mitbestimmungsgesetze<sup>4</sup> soll auf Konzern-beherrschte Betriebe ausgedehnt werden.
  - Das Doppelstimmrecht des Vorsitzenden im Mitbestimmungsgesetz wird nicht abgeschafft. Durch dieses Sonderstimmrecht sind die abhängig Beschäftigten stets in der Minderheit. Und das Kapital kann schalten und walten.
- Auch in weiteren arbeitsrechtlichen Punkten gibt es wenig Licht und deutlichen Schatten:
  - Der Mindestlohn wird 2022 auf zwölf Euro erhöht.
  - Für Weiterbildung neben dem Beruf und für Bildungsteilzeit sollen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Voraussetzung ist eine Vereinbarung mit dem Arbeitgeber. Ein Anspruch der Beschäftigten ist also nicht vorgesehen. (S. 67)
- Für alle Jugendlichen soll es eine Ausbildungsgarantie geben. (S. 66) „Vorrangig im Betrieb“. Und weiter: „Wir begrüßen tarifliche Ausgleichsfonds.“ Was verbirgt sich dahinter? Nicht die Forderung der Gewerkschaftsjugend: „Wer nicht ausbildet, der soll zahlen!“ Die Ampel will den ausbildungsunwilligen Kapitalisten Ausgebildete kostenlos zur Verfügung stellen. Die Steuerzahler:innen übernehmen die Kosten. Und die Gewerkschaften werden aufgefordert, mit tariflichen Ausgleichsfonds ausschließlich tarifgebundene Betriebe zu belasten.

Es fehlt der Wille, die Betriebe zu einer Ausbildungsabgabe zu verpflichten. Stattdessen neoliberales Gelb.
- Unser Arbeitszeitgesetz widerspricht dem Europäischen Recht<sup>5</sup> und strotzt vor Ausnahmeregelungen. Wenn vom Kapital weitere „Flexibilisierung“ gefordert wird, ist die Verlängerung der Arbeitszeit gemeint: „Es ist in der Tat himmelschreiend, daß einer unserer Leute überhaupt jemals die Fabrik verläßt!“ (Karl Marx, MEW 23, S. 428 Der Schrei zum Himmel wurde erhört. Wegen eines angeblich gemeinsamen Wunsches der abhängig Beschäftigten und des Kapitals soll das Gesetz für „Experimentierräume“ geöffnet werden. Tatsächlich wollen Beschäftigte kalkulierbare Arbeitszeiten haben, um ihr Leben zu planen.<sup>6</sup> „Vertrauensarbeitszeit“, die laut Ampel „weiterhin möglich sein muss“ (S. 68) führt dazu, dass eine an menschlichen Bedürfnissen orientierte Arbeitszeitgestaltung nicht möglich ist, wenn sie einer angeblichen „Selbststeuerung“ der/des Einzelnen oder einer Gruppe überlassen bleibt. Dann reguliert die Auftragslage die Arbeitszeit.

Was ist nötig? Eine Höchstarbeitszeit von 40 Stunden in der Woche und eine Anpassung an das Europa-Recht.
- Bei Home-Office soll die Arbeitsstättenverordnung nicht gelten. Verpflichtung des Arbeitgebers zu menschengerechter Gestaltung des Arbeitsplatzes? Fehlanzeige. Und dass die Entgrenzung der Arbeitszeit im Home-Office ein wachsendes Problem ist: wird ausgeblendet. Stattdessen: „Dies erfordert Information und Beratung der Be-

<sup>4</sup> Das Drittelbeteiligungsgesetz, nach dem ein Drittel der Aufsichtsrats-Mitglieder Vertreter der Beschäftigten sind. Die anderen beiden sind das Mitbestimmungsgesetz von 1976 und das Montanmitbestimmungsgesetz.

<sup>5</sup> Der Ausgleichszeitraum für Arbeitszeiten über 8 Stunden täglich beträgt 6 Monate, dürfte aber höchstens 4 Monate betragen

<sup>6</sup> Sadowsky, Robert, Arbeitszeit bei weiblichen kaufmännischen Angestellten, in: „Zeit, dass wir was drehen!“, VSA-Verlag 2010, S. 155 ff.

schäftigten sowie deren angemessene Unterstützung durch ihre Arbeitgeber.“ (S. 68) Da erträumt man sich „liebervoll unregelte“ Arbeitsbeziehungen.

Zurückhaltend kritisiert der DGB: „Enttäuschend, dass der Ampel Koalitionsvertrag keine echten Lösungen anbietet“ (DGB-Vorstandsmitglied Anja Piehl in der WAZ, 12. Januar 2022).

Gut gestaltetes Home-Office kann erstrebenswert sein. Einen Anspruch darauf soll es aber nur geben, „wenn keine betrieblichen Belange entgegenstehen.“ Die wird ein Unternehmer sich jederzeit zusammenbasteln können.

### **Sozialpolitische Vorhaben der Koalition**

- Für Arbeitslose soll nicht mehr die Vermittlung in Arbeit vorrangig sein, berufliche Aus- und Weiterbildung wird gleich bewertet. (S. 68, 76)
- „Bürgergeld“ soll Hartz IV künftig heißen. (S. 75) In den ersten beiden Jahren soll der Absturz in die Armut gemildert werden, indem es keine Anrechnung des Vermögens gibt und die Wohnung nicht auf „Angemessenheit“ überprüft wird. Sanktionsfreiheit bei „Verstößen gegen die Mitwirkungspflichten“ wird nicht eingeführt. Nur für das Jahr 2022 werden Sanktionen ausgesetzt.

Hartz IV hat, gleich unter welchem neuen Wort sich ein Begriff versteckt, auch Wirkung und Ziel, Mut und Kampfbereitschaft von Belegschaften zu mindern. Die Forderung nach sanktionsfreier Grundsicherung ist daher nicht „nur“ sozialpolitisch begründet, sondern soll die Position der abhängig Beschäftigten in der Klassenauseinandersetzung stärken.

- Die Zusage, die Regelaltersgrenze nicht heraufzusetzen und das Rentenniveau von 48 Prozent nicht weiter abzusenken, wird gegeben (S. 73). Reicht das aus? Nein. Das Renteneintrittsalter muss wieder auf 65 Jahre abgesenkt und das Renten-Niveau auf über 50 Prozent angehoben werden. Rentenpolitischer Status Quo also? Auch nicht. Die Ampel will den „Nachholfaktor“ wiedereinführen und einen neoliberalen Umbau des Rentensystems.
  - Per Gesetz sind Rentenkürzungen ausgeschlossen: Wenn die Entgelte der Beschäftigten sinken, findet erstmal keine Anpassung der Renten statt. Der Nachholfaktor sollte das in den Folgejahren durch geringere Steigerungen „nachholen“. Er war 2018 bis ursprünglich 2025 ausgesetzt worden. Gerade angesichts der für viele Menschen unwürdig niedrigen Renten<sup>7</sup> sowie der Preissteigerungen ist die Wiedereinführung völlig falsch.
  - Und es ist der Einstieg in eine Kapitaldeckung der Rente geplant. 10 Milliarden Euro sollen 2022 der Rentenversicherung zugeführt werden. Damit und mit ihren Kapitalreserven soll an der Börse spekuliert werden. Zwei bis drei Prozent des Rentenbeitrages sollen regelmäßig in den Spekulations-Fonds eingezahlt werden.

Begründet wird der Systemwechsel mit einer „Überforderung des Rentensystems“. Die Gewerkschaften haben vorgerechnet, dass ein umlagefinanziertes System, das endlich alle in eine Erwerbstätigenversicherung einbezieht, von versicherungsfremden Leistungen befreit und alle Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig stellt, überlegen und dauerhaft stabil sein kann. Mit einem Rentenniveau oberhalb von 48 Prozent!

Das Einverleiben sozialer Sicherungssysteme in die Profitwirtschaft ist aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen: Nicht nur wegen der Risiken aus dem volatilen Kapitalmarkt. Ein Fonds, der sein Geld anlegt, strebt maximale Gewinne an. Selbst wenn schmutziges Geld aus Kinderarbeit, Waffenexporten, Umweltverschmutzung und ähnlichem ausgeschlossen werden soll: Der Logik des Profits setzt sich jeder Fonds aus. Das kann bedeuten: Rationalisierung mit Erhöhung des Leistungsdrucks, Arbeitszeitverlängerung, Arbeitszeitflexibilisierung im Sinne des Betriebes, Entlassungen,

---

<sup>7</sup> Ein Drittel der Beschäftigten in Deutschland haben nach 45 Berufsjahren in Vollzeit eine Brutto-Rente von unter 1300 Euro zu erwarten. (Antwort auf eine Anfrage der Linken im Bundestag. neues deutschland, 5. Januar 2022)

Schließungen und Verlagerungen. Das darf nicht Ziel eines Fonds der abhängig Beschäftigten sein.

Die Koalitionäre zäumten ein Steckenpferd neoliberaler Sozialpolitiker auf: Betriebliche und private Altersversorgung mit der „Erlaubnis von Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen.“ (S. 73) Höhere Renditen bedeuten höheres Risiko.<sup>8</sup> Weiter im Koalitionsvertrag: „Zusätzlich muss das (...) Sozialpartnermodell nun umgesetzt werden.“ In allen Bezirken der IG Metall wird zurzeit das „Sozialpartnermodell“ kontrovers diskutiert. Ein Kreis von IG Metall Kolleg:innen hat ablehnend in die Diskussion eingegriffen (s.o.): „Das beschönigend so genannte ‚Sozialpartnermodell‘ ist das Gegenteil von ‚garantierter Mindestleistung‘ oder ‚Arbeitgeberhaftung‘. Es steht zu befürchten, dass (...) eine nicht verlässliche Aktien-basierte Betriebsrente geschaffen wird. Wir wollen jedoch den der gesetzlichen Rente zugrundeliegenden Generationenvertrag stärken und nicht mit betrieblichen Rentenbeiträgen an der Börse spekulieren (lassen). Deshalb gilt nach wie vor: Unsere Rente hat bei Investoren nichts verloren!“

### **Eine Bewertung der Koalitionsvereinbarung in drei Thesen**

*Erstens:* Die Koalitionsvereinbarung enthält einige Verbesserungen, aber auch Verschlechterungen systemischer Art. Betrachtet man die hohen Anforderungen, die aus Pandemie, Klimakrise und Veränderungen in der Arbeitswelt erwachsen, dann ging der Sprung zu kurz - und ist zu „gelb“.

*Zweitens:* Die Bewältigung der anstehenden Aufgaben erfordert zusätzliche Finanzmittel. Schon allein für Investitionen in Ladesäulen für E-Autos, den Ausbau von erneuerbaren Energien und den Umbau der Stahlerzeugung auf grünen Wasserstoff werden von der IG Metall 500 Milliarden bis 2030 berechnet. Sollen diese und weitere Kosten gestemmt werden, ist es unsinnig, weiter „die Vorgaben der Schuldenbremse“ einzuhalten. (S. 158) Auch nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer sucht man vergebens. An eine Steuerreform, die Reiche und Vermögende zur Kasse bittet, will die Ampel nicht heran. So bleibt es bei: „Gerechte Steuern sind die Basis für staatliche Handlungsfähigkeit.“ (S. 164) Da ist das Wort, dem Begriff fehlt aber der Inhalt und damit dem Staat die Handlungsfähigkeit.

*Drittens:* Im Koalitionsvertrag wird die Absicht deutlich, die Gewerkschaften in einem „sozialpartnerschaftlichen Pakt“ ruhig zu stellen. Das würde den Gewerkschaften und ihrer Verankerung in der Klasse einen schweren Schlag versetzen. Im Gegenteil kommt es darauf an, die gewerkschaftliche Eigenständigkeit vom Staat und von allen Parteien aufrecht zu halten (oder herzustellen), auf die eigene Kampfkraft zu vertrauen und eine offensive, solidarische Politik zu entwickeln. Insbesondere im Hinblick auf das Erstreiten einer Wirtschaftsdemokratie.

Die Ampel hat ihre Zeichen auf zu viel „Gelb“ gestellt. Dann kommt es drauf an, viel mehr „Rot“ zu zeigen. Denn anders als bei Ampeln ist Rot die Farbe des Fortschritts.

*\* Robert Sadowsky lebt und arbeitet in Gelsenkirchen. Er war bis 2018 Erster Bevollmächtigter der IG Metall Gelsenkirchen. Seit Rentenbeginn ist er in der tarifpolitischen Bildungsarbeit für die IG Metall NRW tätig.*

*express* im Netz und Bezug unter: [www.express-afp.info](http://www.express-afp.info)  
Email: [express-afp@online.de](mailto:express-afp@online.de)

**express** / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

*Bankverbindung* für Spenden und Zahlungen:  
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12

---

<sup>8</sup> „Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. (...) für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß (...)“ Karl Marx, MEW 23, S. 788, Anm. 250.